Fast 60 Prozent der erwerbstätigen Zuwanderer aus EU-Ländern in die Schweiz sind Akademiker. Vergangenes Jahr zogen annähernd 25.000 Ärzte, Naturwissenschaftler, Informatiker, Ökonomen und andere Studierte zu den Eidgenossen. Bilder: Fotolia

Schweiz mit EU-Abkommen zufrieden

Wachstumsmotor ist die „Neue Zuwanderung"

Seit sechseinhalb Jahren sind die von den Eidgenossen „Bilaterale I" genannten Abkommen zwischen Schweiz und EU in Kraft. Diese sieben Regelwerke (später kamen neun weitere, „Bilaterale II" genannt, hinzu) bestimmen wesentliche Teile der Beziehungen untereinander. Das Wichtigste behandelt die Personenfreizügigkeit und damit die gegenseitigen Arbeits- und Wohnmöglichkeiten. Über ihre Fortführung stimmen die Schweizer Anfang Februar ab.

Eine sehr positive Zwischenbilanz über die Abkommen zogen Anfang November die Staatssekretäre Michael Ambühl (auswärtige Angelegenheiten) und Jean-Daniel Gerber (Wirtschaft) vor der Presse: Die sieben Abkommen – neben der Personenfreizügigkeit sind das öffentliche Beschaffungswesen, der Agrarbereich, die Forschung, der Land- und der Luftverkehr sowie technische Handelshemmnisse betroffen – hätten in ihrer praktischen Anwendung die zuvor in der Schweiz gehegten Befürchtungen widerlegt. Weder hätten die „Bilateralen I" Jobs gefressen noch die Schweizer ihrer Sozialwerke beraubt oder die Gefängnisse gefüllt noch die Alpenluft erstickt, so Ambühl.

Auswirkungen der Abkommen

Wie die Abkommen sich ausgewirkt haben, haben Schweizer Fachleute untersucht und in der Zeitschrift „Die Volkswirtschaft" 11-2008 (www.dievolkswirtschaft.ch) publiziert.

Für Schweizer Unternehmen haben sich neue Geschäftsmöglichkeiten in vormals geschlossenen Märkten, vor allem bei Agrarprodukten, im Luftverkehr, im Landverkehr sowie bei öffentlichen Beschaffungen eröffnet. Umgekehrt haben EU-Anbieter (relativ) freien Zutritt zum Schweizer Markt. Der Wettbewerbsdruck im Inland hat sich dadurch erhöht, was den nachfragenden Unternehmen und Konsumenten zugute gekommen ist. So haben sich Produktivitätsgewinne und damit auch Reallohnsteigerungen in den betroffenen Sektoren ergeben.

Beim **Landverkehr** hat man festgestellt, dass – in Verbindung mit der Erhöhung des zulässigen Gesamgewichtes der Lkw von 28 auf 40 Tonnen – der LKW-Transitverkehr seit 2008 um zehn Prozent zurückgegangen ist. Er trägt im Übrigen nur zu etwa einem Viertel der aus der LSVA (leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe) gewonnenen Einnahmen bei, drei Viertel stammen aus innerschweizer Verkehren. Immer mehr Güterverkehr spielt sich auf der Bahn ab. Insgesamt stieg die Gütermenge, die alpenquerend transportiert wurde, zwischen 2000 und 2007 um 33 Prozent auf 39,5 Millionen Tonnen.

Im **Luftverkehr** konnte man Allianzen mit europäischen Luftfahrtunternehmen eingehen (Lufthansa/Swiss) und damit die Luftfahrtkrise der Jahre 2001 und 2002 überwinden.

In der **Forschung** haben die Schweizer Zugang zu einem umfangreichen Ressourcenpool bekommen, die internationale Zusammenarbeit wesentlich verbessert und Mittel auch aus EU-Töpfen erhalten.

Im **öffentlichen Beschaffungswesen,** dessen Volumen in der Schweiz auf 30 Milliarden Schweizer Franken und in der EU auf 1.500 Milliarden Euro geschätzt wird, werden durch das Abkommen zwar Transparenz, Gleichbehandlung und Wettbewerb in der Auftragsvergabe gefördert, das Potenzial für die Schweizer Firmen und Steuerzahler ist jedoch noch nicht ausgeschöpft.

Im **Agrarbereich** stellen die Schweizer Fachleute positive Auswirkungen vor allem beim Käsehandel fest: Die Auswahl der Käsesorten hat zugenommen und die Preise sind gesunken. Sowohl die schweizerische Käsewirtschaft als auch die gesamte Nahrungsmittelindustrie haben mit beachtlichen Steigerungen der Exporte ihre Chancen wahrgenommen.

Das Abkommen über den **Abbau der technischen Handelshemmnisse** hat den administrativen Aufwand für die Schweizer verringert und Zeitgewinne gebracht. Die Schweizer Exportindustrie kann dank dem Abkommen jährlich zwischen 250 und 500 Millionen Schweizer Franken einsparen.

Als wohl am erfolgreichsten für die Schweiz hat sich die **Personenfreizügigkeit** erwiesen. Zur Zeit wandern über 40.000 erwerbstätige EU-Bürger im Jahr in die Schweiz zu. Fast 25.000 von ihnen, also 60 Prozent, sind Akademiker, Ärzte, Chemiker, Biologen, IT-Fachleute, Ingenieure, Voks- und Betriebswirte. Sie sind meistens jung und flexibel. Mit dieser „Neuen Zuwanderung" (so die Zürcher Beratungsfirma Avenir Suisse in „Die Volkswirtschaft" 11/2008) hat die Schweiz Produktivitätsfortschritte erreicht, die sie ohne diese Fachkräfte nicht hätte erzielen können. Sie wäre auch kaum in der Lage gewesen, diese aus der eigenen Bevölkerung zu gewinnen und auszubilden. Sowohl das Bevölkerungswachstum als auch das Wirtschaftswachstum (im letzten Jahr über 3,3 Prozent, gegenüber etwa 2,5 Prozent in Deutschland) wären ohne sie nicht möglich gewesen. Auch das Top-Personal rekrutiert sich zunehmend aus dem Ausland. 45 Prozent der Professoren in der Schweiz sind inzwischen Ausländer und über 50 Prozent der Top-Managementstellen in den 100 größten Schweizer Unternehmen sind mit Ausländern besetzt. Die Zuwanderer zahlen mehr in die Schweizer Sozialkassen ein, als sie derzeit herausbekommen und die Kriminalitätsstatistik hat sich durch sie nicht negativ verändert. Allerdings: In manchen besonders begehrten Städten wie Zürich oder Genf sind die Mieten und Immobilienpreise in entsprechenden Lagen gestiegen.

Zwischenbilanz zum richtigen Zeitpunkt

Die positive Zwischenbilanz, die die beiden Staatssekretäre zogen, fand zum richtigen Zeitpunkt statt. Am 8. Februar entscheiden die Schweizer nämlich darüber, ob die Personenfreizügigkeit verlängert und auf die EU-Länder Bulgarien und Rumänien ausgedehnt wird. Mit dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit hat es eine besondere Bewandnis: Es ist verknüpft mit den anderen sechs Abkommen. Würden die Schweizer der Fortführung der Personenfreizügigkeit nicht zustimmen, so würden auch diese Abkommen ungültig. Warten wir also ab, wie das Schweizer Volk entscheidet. *orn*

Wirtschaftliche Beziehungen Schweiz – EU

Mit einem Wert von 128 Milliarden Franken gehen fast zwei Drittel der Schweizer Exporte in die EU. Umgekehrt stammen vier Fünftel der Schweizer Importe (153 Milliarden Franken im Jahr 2007) aus der EU. Die Schweiz ist damit zweitgrößter Absatzmarkt für EU-Produkte noch vor China und Russland. In den letzten zehn Jahren ist der Handel zwischen der Schweiz und der EU jährlich um sechs Prozent gewachsen.
Auch bei den Arbeitskräften ist die Verflechtung ausgeprägt: Ende 2007 wohnten und arbeiteten mehr als 400.000 Schweizer in der EU. Umgekehrt lebten 960.000 EU-Bürger in der Schweiz. Dazu kommen mehr als 200.000 Grenzgänger.
Jeden Tag überqueren 700.000 Personen, 300.000 Autos und 23.000 Lastwagen die Grenzen in beiden Richtungen. *orn*